

Vielen Deutschen droht Armut im Alter; Nach einer Studie sparen 59 Prozent zuwenig; Streit um obligatorische Privatvorsorge

Die meisten Arbeitnehmer in Deutschland unterschätzen ihre Versorgungslücke im Alter dramatisch und sorgen zuwenig privat vor. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge, das von der Deutschen Bank getragen wird. "Bei realistischer Einschätzung der Lebenserwartung werden 59 Prozent aller Haushalte die entstehende Rentenlücke mit dem heutigen Sparverhalten nicht füllen können", betonte Axel Börsch-Supan von der Universität Mannheim, der einer der Autoren der Studie ist, am Dienstag in Berlin.

Die Autoren der Studie erfragten, was die Bevölkerung von der gesetzlichen Rente erwartet und wie sie sich auf den Ruhestand vorbereitet. Verglichen mit dem alten Recht, fehlen Rentnern künftig durchschnittlich 150 Euro im Monat. Bei den heute Vierzigjährigen sollen es sogar 215 Euro sein. Durchschnittlich reicht das angesparte Vermögen zwar aus, um die Rentenlücke zu füllen. Aber da der Wohlstand ungleich verteilt ist, gibt es viele Haushalte, deren Vermögen, Betriebsrente, Immobilieneigentum und Sparpläne nicht ausreichen, um das Versorgungsdefizit auszugleichen. Nach der Studie sparen 46 Prozent nicht genug, um die zu erwartende Rentenlücke zu decken, wenn man die eigene Lebenserwartung zugrunde legt. Unter Zugrundelegung des medizinischen Fortschritts sorgen sogar 59 Prozent nicht ausreichend vor. Ein Drittel wiederum verfügt über kein Finanzvermögen und spart auch nichts. Ihnen droht das Abrutschen in die Altersarmut.

Börsch-Supan sprach sich gleichwohl gegen eine Pflicht zur Zusatzvorsorge aus. "Gerade die, die am wenigsten sparen, dürften auch am häufigsten unregelmäßige Beschäftigungsverhältnisse haben und sind daher mit einem Obligatorium nur schwer erreichbar", meinte er. Eine Sparpflicht würde zudem den Staat in die Haftung nehmen oder ihm gar Renditegarantien abfordern. Der Wissenschaftler plädierte dafür, betriebliche Altersvorsorgepläne automatisch in Kraft treten zu lassen, wenn die Arbeitnehmer nicht Einspruch erheben.

(...)

Der sozialpolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Markus Kurth, lehnte ebenfalls eine Verpflichtung zur privaten Altersvorsorge ab. Das müsse jeder selbst wissen. Er könne Jüngeren jedoch keine Hoffnung machen, daß sie mehr als eine Basisrente erhalten

würden. "Viele werden es schwer haben, mit ihrer Rente mehr als das Sozialhilfeniveau zu erhalten."

Der FDP-Abgeordnete Heinrich Kolb bekräftigte die Position seiner Partei, daß die gesetzliche Rente langfristig nur eine beitragsfinanzierte Grundsicherung sein werde: "Wir wollen den Beitragssatz bei 19 Prozent stabilisieren. Dadurch sinkt langfristig das Rentenniveau, und die Menschen müssen zusätzlich für ihre Altersvorsorge privat sparen." Dafür müsse man den Menschen die Möglichkeit geben, eigenständig für das Alter zu sparen. Die FDP befürworte wie Börsch-Supan das Opting-out-Modell für die Entgeltumwandlung. Dabei könnten die Beschäftigten selbst entscheiden, ob ein bestimmter Prozentsatz des Lohnes auf ein individuelles Altersvorsorgekonto fließen soll.

Der vollständige Artikel erschien in der FAZ am 3. August 2005.